

Rede von Bundespräsident Johannes Rau bei der Gedenkveranstaltung des Bundestages und des Bundesrates anlässlich des 50. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR am 17. Juni 2003 in Berlin

Wiederholungen von Daten, Fakten und Zahlen können ermüden und überdrüssig machen. Aber sie können auch das Gedächtnis schärfen und erneuern. Angesichts der Fülle von Reden, Artikeln, Fernsehberichten, Büchern und Gesprächen wünschte ich mir, dass wir mit Blick auf den 17. Juni 1953 diesen zweiten Weg gingen, also den der Bildung eines kollektiven Gewissens in unserem Land und nicht den des Überdrusses.

I.

Bilder bestimmen mehr als alles andere unsere Vorstellung von historischen Ereignissen.

Auch unsere Vorstellung vom 17. Juni 1953 ist durch Bilder besonders geprägt. Zwei besonders bekannte sind wenige hundert Meter von hier entfernt entstanden: Das eine zeigt begeisterte Menschen, Männer in Arbeitskleidung und Jugendliche, die durch das Brandenburger Tor ziehen, in den Händen schwarz-rotgoldene, mit Blumen geschmückte Fahnen. Das andere Bild zeigt zwei junge Männer vor einem sowjetischen Panzer. Der eine hat gerade einen Stein auf den Panzer geworfen, der andere holt zum Wurf aus. Die Mündung der Panzerkanone ist auf die beiden gerichtet. Zwei Bilder, aufgenommen im Abstand von wenigen Stunden. So dicht haben Höhepunkt und Scheitern des Juni-Aufstandes beieinander gelegen: Aufbruch und Niederlage, Zuversicht und Verzweiflung. Zwei Bilder, die die Nachricht vom Mut und vom Freiheitswillen der Ostberliner Arbeiter und vom Scheitern ihrer Auflehnung um die Welt getragen haben. Diese Bilder aber zeigen wie so viele andere, die uns aus Schulbüchern und historischen Standardwerken vergangener Jahrzehnte vertraut sind, nur einen Teil der Wirklichkeit.

Heute wissen wir: Der Aufstand vom 17. Juni 1953 erfasste praktisch die gesamte Sowjetisch Besetzte Zone, wie man die DDR damals im Westen nannte. Mehr als eine Million Menschen - wir haben es gehört - in mehr als 700 Orten setzten sich für die Ziele des Aufstandes ein. Der Aufstand hatte an vielen Orten eine Vorgeschichte und auch eine Fortsetzung. Bis in den Juli hinein kam es zu Protesten und zu Arbeitsniederlegungen. In vielen Orten ging der Aufstand noch weiter als in Berlin: In Halle, in Görlitz, in Bitterfeld gelang es den Aufständischen, vorübergehend die Macht zu übernehmen. Sie bildeten Streikleitungen und Komitees und versuchten, die politischen Verhältnisse neu zu ordnen.

Zum Aufstand der Arbeiter kam ein Aufstand der Bauern in mehr als zweihundert kleinen Dörfern. Der 17. Juni 1953 war ein Aufstand der Arbeiter und der Bauern, aber auch der Angestellten, der Verkäuferinnen, der Jugendlichen und mancher Akademiker.

Vereinzelt haben sich ihm Mitglieder der SED und sogar Angehörige der Sicherheitskräfte angeschlossen. Es war ein Aufstand des ganzen Volkes. Er wurde ausgelöst durch die Erhöhung der Arbeitsnormen der Bauarbeiter. Das kam einer Senkung der Löhne gleich. Innerhalb weniger Stunden ist daraus eine landesweite Erhebung für Freiheit, Demokratie und Einheit geworden.

Seit dem Ende der DDR wissen wir viel mehr über das tatsächliche Ausmaß und über den Ablauf der Ereignisse. Das Ende des Kalten Krieges hat auch bestimmte ideologische Kontroversen erledigt, die aus der alten Bundesrepublik stammten und die das Gedenken an den 17. Juni belastet haben. Aus der Distanz können wir den Juni-Aufstand klarer und unbefangener sehen und beurteilen. Heute wissen wir: Der 17. Juni 1953 ist einer der großen Tage deutscher Freiheitsgeschichte. Die Frauen und Männer, die den Aufstand getragen haben, verdienen unseren Dank und unsere Anerkennung. Sie haben sich um Deutschland und um die Deutschen verdient gemacht. Einige von ihnen sind heute hier. Ihnen gilt mein besonderer Gruß.

II.

Im Juni 1953 entluden sich lang angestaute Unzufriedenheit und Ablehnung der herrschenden Zustände. Das hatte viele Ursachen: Schikanen und Bevormundung, politische Unterdrückung, religiöse Verfolgung und existenzielle Not. All das kam zusammen. Wie so viele revolutionäre Bewegungen, so begann auch der Juni-Aufstand mit materiellen Forderungen, denen rasch der Ruf nach Freiheit und nach politischer Veränderung folgte. Wie ein Lauffeuer breitete er sich aus, spontan und nicht organisiert, geschweige denn gesteuert. Das Ausmaß, die Wucht und die ungeheure Dynamik des Aufstandes überraschen alle: die Führung in Moskau und in Ostberlin, die Sicherheitskräfte der DDR, die Bundesregierung und die westlichen Alliierten, aber auch die Aufständischen selber. Wut, Not und Verbitterung bahnen sich ihren Weg. Der Aufstand folgt keinem Plan und an den meisten Orten hat er auch keine Führung.

III.

Unser Bild vom Aufstand ist bestimmt von seinem tragischen Ausgang. Nach allem, was wir heute wissen, forderte er mehr als 100 Tote. 20 Menschen wurden hingerichtet. Verhaftet werden bis zum 1. August sogar 13.000. Allein bis Ende Januar 1954 werden 1 526 Menschen angeklagt und verurteilt. Mehr als 320.000 Menschen kehren der DDR im Jahr 1953 den Rücken.

Einer kurzen Phase politischen Entgegenkommens folgt erneute Unterdrückung mit dem umfassenden Aufbau der Staatssicherheit. Die genaue Zahl all derer, die in der Folge des 17. Juni enorm gelitten haben und deren politische Biografie davon geprägt worden ist, werden wir nie erfahren.

Der tragische Ausgang lässt uns leicht übersehen, welche ungeheure Freude, ja welche Euphorie die Menschen erfasste, als es ihnen gelang, ihr Geschick für wenige Stunden in die eigene Hand zu nehmen. Selbst als die sowjetische Besatzungsmacht brutal eingreift, können sich viele nicht vorstellen, dass es je wieder wird wie zuvor.

Ein Teilnehmer schreibt über die Stimmung in Görlitz: „Es war eine euphorische Stimmung, unglaublich freiheitlich. Jeder war sicher: Es ist heute Abend eine neue Regierung da. Es wird eine freiheitliche Demokratie geben. Es ist eigentlich vorbei mit der DDR. Obwohl die Russen schon eingegriffen hatten.“

In Bitterfeld gehörte der Elektromonteur Paul Othma zu den Streikführern, so zufällig wie fast alle anderen. Er spricht zu einer Versammlung von annähernd 50.000 Menschen - mehr als

die Stadt damals Einwohner hatte -: „Wenn ich eure lachenden Gesichter hier sehe“, ruft Paul Othma den Zuhörern zu, „dann könnte ich euch an mein Herz drücken vor Freude ...“

Paul Othma setzt sich gegen jede Gewalt ein. Er sorgt dafür, dass die Waffenkammer der besetzten Polizeidienststelle nicht aufgebrochen wird. Zwei Tage später wird er verhaftet. Paul Othma wird zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, wegen „Boykotthetze“ und „faschistischer Provokation“. Was damit tatsächlich gemeint war, das zeigen die Forderungen des Bitterfelder Streikkomitees in einem Telegramm an die Regierung der DDR:

- sofortiger Rücktritt der Regierung,
- freie demokratische und direkte Wahlen,
- Öffnung der Zonengrenzen,
- Freilassung der politischen Häftlinge,
- Normalisierung des Lebensstandards,
- Zulassung aller demokratischen Parteien Westdeutschlands.

Paul Othma hält daran fest, dass seine Überzeugungen und sein Handeln nicht vorwerfbar und schon gar nicht strafbar sind. Auch die DDR-Verfassung garantiere schließlich das Streikrecht. Seine Strafe muss er trotzdem fast vollständig absitzen. Für ihn und für seine Frau heißt das: einmal im Monat ein Brief von maximal 20 Zeilen, ein Päckchen, viermal im Jahr Besuch – und oft genug werden selbst diese so genannten Vergünstigungen gestrichen. Als Paul Othma 1964 aus gesundheitlichen Gründen aus der Haft entlassen wird, ist er ein kranker und gebrochener Mann; der nur noch wenige Jahre leben wird.

Die Streikführer von Bitterfeld hatten zusammen mit Paul Othma am 17. Juni noch ein weiteres Telegramm nach Berlin geschickt - an Wladimir Semjonow, den sowjetischen Hohen Kommissar. Sie bitten ihn darum, „alle Maßnahmen, die gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind, sofort aufzuheben, damit“ - so steht es in dem Telegramm „wir Deutsche wirklich den Glauben in uns behalten können, dass Sie tatsächlich der Vertreter einer Werktätigen-Regierung, ein Freund des Friedens und der Völkerverständigung sind.“

Was für ein Tiefschlag muss es für diese Männer und Frauen gewesen sein, dass der Aufstand vom sowjetischen Militär niedergeschlagen wird: Allein in Berlin drei Divisionen mit 20.000 Mann und 600 Panzern, in der gesamten DDR 16 Divisionen.

IV.

Zu den Unrechtsurteilen der Gerichte kommen organisierte Verdächtigung und Verleumdung. Die streikenden und protestierenden Menschen werden als westliche Agenten und als Faschisten denunziert. Früher haben wir gehäut, heute wissen wir: Der Staatssicherheit war keine Fälschung zu plump, keine Behauptung zu dreist, keine Verleumdung zu niedrig für den Vorwurf, die Aufständischen hätten die NS-Diktatur wieder aufleben lassen wollen. Die SED wollte und konnte eben nicht wahrhaben, dass Arbeiter und Bauern sich gegen die angebliche Arbeiter- und Bauernmacht erhoben.

Die Verleumdung gehörte zum Gemeinsten: Die Aufständischen sollten nicht nur wehrlos, sondern auch ehrlos gemacht werden. Diese Strategie, den Aufständischen niedrigste Absichten zu unterschieben, verfiel allzu leicht: Viele Menschen hatten ja ehrlichen Herzens den Versuch unterstützt, einen besseren deutschen Staat zu errichten. Darum ließen sich viele von der These eines faschistischen Putsches beeindrucken.

Wenn man von gewissen Verbesserungen der Lebensbedingungen absieht, dann ist der Aufstand vom 17. Juni in seinen wesentlichen Zielen gescheitert. Das ändert nichts an seiner überragenden Bedeutung für die deutsche Geschichte und nichts an seinem unschätzbaren Beitrag zum Ansehen des ganzen Deutschland. Die unmissverständliche politische Botschaft der Streikenden und der Demonstranten war: Ein unterdrücktes Volk, das noch wenige Jahre zuvor eine Diktatur nicht nur hingenommen, sondern gestützt hatte, lehnte sich mit dem Ruf auf: „Wir wollen freie Menschen sein!“

Bei einer Massenkundgebung in Paris Anfang Juli 1953, die sich mit den Männern und Frauen des 17. Juni solidarisierte, rief einer der Redner aus: „Die Arbeiter von Ostberlin haben Deutschland seine Würde wiedergegeben.“ Dieser Satz gilt und wirkt bis heute.

V.

Wie reagierte der Westen auf den Aufstand? Die Verantwortlichen in Bonn und in Westberlin, in Washington, in London und Paris waren genauso unvorbereitet wie die in Ostberlin und in Moskau. Niemand hatte ein Konzept für diese Situation. Fasst man die Reaktionen am 17. Juni und in den Tagen danach zusammen, dann lässt sich sagen: Sie haben alles getan, damit in Westberlin Ruhe und Ordnung herrschten und damit eine Eskalation in der sowjetischen Zone oder zwischen den Blöcken vermieden würde. Die internationale Lage war angespannt, die Entwicklung in der Sowjetunion unübersichtlich.

Ich kann wahrlich verstehen, dass viele Aufständische davon tief und bitter enttäuscht waren. Sie hatten fest mit Unterstützung aus dem Westen gerechnet und manche politische Rhetorik hatte solche Hoffnungen ja auch genährt. 1953 haben viele einen hohen Preis dafür bezahlen müssen, dass nicht um jeden Preis versucht werden durfte, Einheit und Freiheit in Selbstbestimmung zum damaligen Zeitpunkt zu erreichen.

Alle demokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland waren sich in der Bewertung des Aufstandes weitgehend einig. Herbert Wehner fasste diesen Konsens im Deutschen Bundestag am 1. Juli 1953 so zusammen: „... das alles mündete in dieses glühende Bekenntnis, für das in Berlin an einem Tag fast hundertprozentiger Generalstreik war und für das in der Zone Hunderttausende gestreikt haben, in dieses glühende Bekenntnis: Wir wollen nicht mehr in einem gespaltenen Deutschland leben, wir wollen Wiedervereinigung!“

Der soziale Protest, materielle Forderungen und das Verlangen nach Freiheit und nach Einheit waren unauflösbar miteinander verbunden; das Streben nach Freiheit war der Kern der deutschen Frage. Schon am 1. Juli einigten sich die Parteien im Bundestag darauf, den 17. Juni zum „Tag der Deutschen Einheit“ zu erklären und ihn zum gesetzlichen Feiertag zu machen.

Zwischen den Parteien war und blieb die Frage kontrovers, wie rasch und auf welchem Wege die deutsche Einheit erreicht werden könnte. Die Bundestagswahl im September 1953 zeigte, dass der Kurs Konrad Adenauers, zunächst den Weg der Westintegration und der Wiederbewaffnung zu wählen, die größte Unterstützung erhielt. Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung: Ich selber bin Ende 1952 politisch aktiv geworden, aus der Sorge heraus, die Wiederbewaffnung und die forcierte Westintegration könnten die deutsche Spaltung vertiefen. Ich wurde Mitglied der Gesamtdeutschen Volkspartei, die Gustav Heinemann mit anderen gegründet hatte. Der 17. Juni zeigte aus unserer Sicht, „wie wahrhaft dringlich die Wiedervereinigung unseres Volkes ist“, so Gustav Heinemann in den Tagen nach dem Aufstand. Die Politik der Bundesregierung diente dem aus unserer Sicht

nicht. Im Rückblick weiß und respektiere ich, dass Konrad Adenauer auf einem anderen Weg das gleiche Ziel verfolgte.

VI.

Deutschlands Zukunft in Einheit und Freiheit - das war das große Thema, das die Menschen bewegte, wenige Jahre, nachdem Deutschland geteilt worden war. Daher lag es nahe und war damals gewiss richtig, den 17. Juni zum „Tag der Deutschen Einheit“ zu erklären.

Zugleich war das aber auch eine sehr zeitgebundene Entscheidung. Spätestens seit 1961, seit dem Bau der Mauer wurde deutlich: Die deutsche Einheit war kein vorrangiges Thema der internationalen Politik mehr. Das geteilte Land zu vereinen, das verlangte Geduld, langen Atem und auch den Mut, neue Wege zu gehen, die manche für Abwege hielten, obwohl es wahrscheinlich unvermeidbare Umwege waren. Die Bedeutung staatlichen und organisierten Gedenkens an den 17. Juni nahm immer weiter ab. Viele Menschen in der alten Bundesrepublik konnten mit dem nationalen Gedenktag im Lauf der Zeit nicht mehr viel anfangen. Der „Tag der Deutschen Einheit“ wurde schließlich zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen. Ihn zu wenig oder zu deutlich zu begehen, beides gereichte zum Vorwurf.

Die Festlegung des 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit“ hat andere Ziele des Aufstandes überlagert; sie hat das Gedenken kompliziert und das Vergessen befördert. Im Westen ist die umfassende Bedeutung des Aufstandes über die Jahre aus dem Blick geraten, soweit sie damals überhaupt ganz erfasst werden konnte. Wir haben die Chance, die dieser Tag geboten hat, nicht genug genutzt. Die meisten im Westen, die reisen durften, haben sich Jahre und Jahrzehnte in getrennten Verhältnissen ganz gut eingerichtet und die Wirklichkeit in der DDR nicht genügend wahrgenommen. Wir haben zu wenig mitgeföhlt und mitgedacht mit den Menschen im östlichen Teil Deutschlands, denen politische Freiheit und mit ihr viele alltägliche Freiheiten fehlten.

Gewiss, es gab viele Frauen und Männer, die familiäre Bindungen pflegten, die sich besuchten, die „Päckchen nach drüben“ schickten und die einander halfen, wo sie konnten. Auch in den Kirchen haben sich viele darum bemüht, das Gefühl der Zusammengehörigkeit wach zu halten und zu fördern.

Doch seien wir ehrlich: Vielen von uns war der 17. Juni - aus dem einen oder anderen Grund - irgendwie lästig geworden. 50 Jahre danach müssen die Opfer Anerkennung erfahren - die des 17. Juni und alle anderen, die in der DDR Unrecht erlitten haben. Manches geschieht dafür; dennoch begegne ich immer wieder Opfern des DDR-Regimes, die nicht bekommen haben, worauf sie auch nach meinem Eindruck billigerweise einen Anspruch haben sollten. Da ist manches hinter dem zurückgeblieben, was wir uns unter Gerechtigkeit vorstellen - so schwierig das oft rechtlich zu regeln sein mag. Haben wir alle genug dafür getan, dass niemand verbittert, weil er sich ein zweites Mal bestraft und dazu missachtet föhlt?

VII.

Der 17. Juni 1953 war für die Menschen in der DDR kein Fixpunkt, als sie 1989 wieder für Demokratie und Freiheit auf die Straße gingen. Das hat sicher damit zu tun, dass und wie die DDR-Führung die Aufständischen und ihre Ziele verleumdet hatte. Manche Männer und Frauen der Bürgerbewegung fragen sich heute, warum sie sich 1989 so gar nicht auf den 17. Juni bezogen haben. Darüber offen und öffentlich zu sprechen, auch dazu gehört Mut und

| | | |
|--------------------------------------|-------------------------|------------------------------------|
| <i>Bundeszentrale für politische</i> | <i>DeutschlandRadio</i> | <i>Zentrum für Zeithistorische</i> |
|--------------------------------------|-------------------------|------------------------------------|

Ehrlichkeit. 1989 wurde vollendet, was 1953 scheiterte: freie und demokratische Verhältnisse in einem geeinten Land und in einem zusammenwachsenden Europa, denn die revolutionären Erhebungen von 1953 und von 1989 waren Teile eines europäischen Freiheitskampfes. Die Demonstranten von 1989 standen ja in der Tradition der Frauen und Männer des 17. Juni, auch wenn das den meisten nicht bewusst war. Sie handelten in der Tradition der Aufstände von 1953 und von 1956 in Ungarn, von 1968 in der Tschechoslowakei und von 1980/81 in Polen. Nur wer sich den Ausgang der früheren Aufstände vor Augen hält, der kann den Mut der Menschen ermessen, die am 9. Oktober 1989 in Leipzig auf die Straße gegangen sind. In nur vier Jahrzehnten haben Frauen und Männer in der DDR zwei große Freiheitsbewegungen in Gang gesetzt. Das ist ohne Beispiel in der deutschen Geschichte. Lange Zeit haben wir nicht gewusst, welches Ausmaß und welche breite Unterstützung der Aufstand im Juni 1953 hatte. Lange Zeit hat es an einer gerechten Erinnerung an den Aufstand gefehlt.

Die Namen der Männer und Frauen des 17. Juni verblassten - oft sogar in ihrer engeren Heimat. In Deutschland heißen dagegen noch immer über 100 Straßen nach Männern, die Verantwortung trugen, als der Aufstand niedergeschlagen wurde. Wenige Orte und Städte erinnern an die Aufständischen, an ihren Mut und ihre Ziele. Das sollte sich ändern – und ich meine, wir sind auf einem guten Weg: Selten zuvor ist an ein historisches Ereignis so umfassend erinnert worden wie dieser Tage in Deutschland an den 17. Juni 1953 - in Hunderten von Veranstaltungen, mit Filmen und Dokumentationen, in Schulen, Kirchen und Theatern, in den Zeitungen und Fernsehprogrammen.

Heute wird in Sandersdorf, dem Wohnort von Paul Othma, das Gemeindezentrum nach ihm benannt. In vielen Städten werden Straßen zu Ehren von Aufständischen umbenannt. Es gibt so viele Tage in unserer Geschichte, die mit Niederlagen oder mit Irrtümern zusammenhängen. Der 17. Juni war äußerlich eine Niederlage - aber er war kein Irrtum und darum können wir heute sagen: Der 17. Juni ist einer der stolzen Tage in der deutschen Geschichte. Wir tun gut daran, sein Erbe wach zu halten und hochzuhalten. Der mutige, der spontane, der von Menschen aus allen Schichten und Generationen des Volkes getragene Aufstand ist eine der großen Wegmarken deutscher und europäischer Freiheitsgeschichte. Dieser Einsatz für Freiheit, Demokratie und Einheit sollte uns dauerndes Vorbild sein.

[Quelle: BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG Nr. 49-3, 17. Juni 2003.]